

Initiative für grüne Wiese scheitert

Meilen Anwohner haben versucht, mit einer Initiative den Bau von 120 Wohnungen zu verhindern. An der Gemeindeversammlung fanden sie keine Unterstützung – anders als die Stiftung, die bauen will.

Michel Wenzler

Die Weid im Osten von Meilen soll nicht überbaut werden. Dies forderten an der Gemeindeversammlung vom Montagabend sechs Anwohner. Aufgeschreckt durch die Absicht des Gemeinderats, die 13 Fussballfelder grosse Parzelle im Baurecht an die Stiftung Burkwil aus dem zugehörigen Baar abzugeben, hatten sie eine Initiative eingereicht. Das Bauland solle nicht wie von der Stiftung beabsichtigt mit rund 120 gemeinnützigen Wohnungen überbaut, sondern umgezont werden, forderten sie. Den einen Teil, auf dem sich Familiengärten befinden, wollten sie der Erholungszone zuweisen. Der weitaus grössere Teil, eine Wiese, soll künftig in der Freihaltezone liegen. «Sie haben die Wahl zwischen einer zubetonierten Landschaft und einer mit Erholungswert und Familiengärten», sagte Mitinitiantin Lea

Lutz. Es gehe um die Rettung eines ökologisch wertvollen Gebiets. «Wir denken an unsere Kinder und Enkelkinder.»

«Meilemer Weltnaturerbe»

Eine andere Sicht nahm Gemeindepräsident Christoph Hiller (FDP) ein. So verwies er auf die finanziellen Konsequenzen. Dank dem Baurechtsvertrag mit der Stiftung würde die Gemeinde jährlich mindestens 700 000 Franken einnehmen – während der Laufzeit von 60 Jahren also mehr als 42 Millionen. Vor allem betonte Hiller aber, dass die Initiative ein Widerspruch zum eidgenössischen Raumplanungsgesetz sei, welches innere Verdichtung statt Zersiedelung vorsehe. Zudem gebe es genügend Grünflächen in der unmittelbaren Umgebung. Meilen stehe wie anderen Gemeinden ein Bevölkerungswachstum bevor. Mit dem heutigen Bauland sei dies möglich. «Ohne die Weid nicht.»

Lea Lutz liess diese Argumente nicht gelten. «Von Verdichtung nach innen kann keine Rede sein, da sich die Weid am Dorfrand befindet.» Neue Wohnungen brauche es in Meilen zudem nicht – es stünden schon heute viele leer.

Die Parteien überzeugte dies nicht. Es brauche leere Wohnungen, damit der Markt überhaupt spiele, sagte Marzena Kopp (CVP). «Das kommt den Mietern zugute.» Michiel Hartmann (SP) bezeichnete die Initiative als «Leerlauf», und Roland Siegenthaler (Grüne) warnte davor, die Weid zum «Meilemer Weltnaturerbe» zu erklären. Peter Bösch (SVP) wiederum sprach die Finanzen von Meilen an und sagte, es sei gut, wenn die Gemeinde ihr Land aktiv bewirtschaftete. Rainer Stelzer (FDP) schliesslich warb für einen Entscheid, der zum «Wohle der Gesamtbevölkerung» sei.

672 Stimmberechtigte – der Platz in der reformierten Kirche

reichte nicht aus, weshalb die Versammlung auch im benachbarten Gasthof zum Löwen übertragen wurde – sahen es mehrheitlich ähnlich wie die Parteien. Die Initiative wurde deutlich abgelehnt. Die Stimmen wurden nicht ausgezählt.

Vereinzelt Misstrauen

Nun ging es noch um den Baurechtsvertrag zwischen der Gemeinde Meilen und Burkwil. Auch darüber entschied die Gemeindeversammlung am Montagabend. Liegenschaftenvorsteherin Irene Ritz-Anderegg (SP) lobte die geplante Siedlung für ihren dörflichen Charakter und die ökologische Bauweise mit Materialien wie Lehm und Holz. Die Wohnungen, vor allem für Personen in der zweiten Lebenshälfte gedacht, würden zudem zur Kostenmiete abgegeben. «Langfristig kostengünstige Mieten sind garantiert.» Bezahlbarer Wohnraum sei insbeson-

dere auch für ältere Menschen ein rares Gut in Meilen. Und auch die Gemeinde selber profitiere: «Der Baurechtszins ist eine willkommene Einnahme und ein relevanter Beitrag an das Haushaltsgleichgewicht.»

Rolf Zach sah dies nicht so. Der Meilemer Stimmberechtigte misstraute der Stiftung. «Wir werden mit dem Versprechen der Gemeinnützigkeit verführt», sagte er. Man wisse nichts über die Bilanz und die Erfolgsrechnung der Stiftung. Nur dass die Stifterin 50 Millionen aus ihrer Privatschatulle einschiess. Martin Oetli, einer der Initianten, kritisierte ausserdem, dass keine öffentliche Ausschreibung für das Land stattgefunden habe.

Verena Hofmänner wiederum stellte einen Rückweisungsantrag. Sie unterlag damit aber deutlich. Den Baurechtsvertrag hingegen nahm die Versammlung klar an. Einen Antrag auf Urnenabstimmung lehnte sie ab.

Küsnachter stimmen gegen Steuersenkung

Küsnacht Die Gemeindeversammlung sprach sich für einen gleichbleibenden Steuerfuss aus.

An der Küsnachter Gemeindeversammlung vom Montagabend war mit der Annahme des Budgets und der Festlegung des Steuerfusses für das Jahr 2020 nur gerade ein Geschäft traktandiert. Dass dennoch 347 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den Weg in die Heselhalle gefunden hatten, freute Gemeindepräsident Markus Ernst (FDP) umso mehr.

«Ich bin gespannt, ob Sie gekommen sind, weil Sie weniger oder gleich viel Steuern zahlen wollen», scherzte Ernst zu Beginn der Versammlung. Und sprach damit gleich jenes Thema an, das bereits im Vorfeld heiss diskutiert worden war: die vom Gemeinderat beantragte Steuerfussenkung um zwei Prozentpunkte auf neu 75 Prozent.

«Zu viel kassiert»

Bevor Ernst die Diskussion fürs Plenum öffnete, erläuterte Finanzvorsteher Martin Schneider (SVP) den Voranschlag 2020 und weshalb der Gemeinderat überhaupt eine Steuersenkung beantragt. Man habe das Budget mit einem Steuerfuss von 77 Prozent sowie von 75 Prozent durchgerechnet. Als Basis hierfür diene der voraussichtliche Rechnungsabschluss 2019. Den aktuellsten Berechnungen zufolge dürfte dieser einen Überschuss von gut 12 Millionen Franken aufweisen, erklärte Schneider. «Diese Angabe ist jedoch – wie im Lotto – ohne Gewähr.» Bereits in den Vorjahren schloss die Gemeinde vor allem dank höherer Steuereinnahmen mit Überschüssen im zweistelligen Millionenbereich. Eine Steuerfussenkung um zwei Prozentpunkte bedeute für die Gemeinde derweil Mindereinnahmen von 4 Millionen Franken, hielt Schneider fest. «Der Gemeinderat geht deshalb davon aus, dass eine Steuersenkung für mindestens vier Jahre gewährleistet werden kann.»

Auch die RPK stimmte dem zu. Ebenso Michael Fingerhut, Präsident der FDP Küsnacht: «Die Gemeinde Küsnacht hat in den letzten Jahren immer Überschüsse erzeugt. Das heisst, die Gemeinde hat schlicht zu viel von uns kassiert.» Ein Staat solle aber immer nur so viel Steuern einziehen, wie er für die Erfüllung aller Leistungen brauche. Diesem Votum schloss sich auch die Ortsparteien der SVP und EVP sowie die CVP Erlenbach-Küsnacht an.

12 Stimmen Unterschied

Peter Ritter vom Bürgerforum Küsnacht stellte derweil den Antrag für eine Beibehaltung des aktuellen Steuerfusses von 77 Prozent. «Der stabile Steuerfuss hat sich bisher bewährt. Küsnacht steht gut da.» Im Gegensatz dazu hätten einige Nachbargemeinden eine Steuersenkung innert kürzester Zeit wieder rückgängig machen müssen.

Unterstützung erhielt Ritter vonseiten der Grünliberalen, Grünen und SP. Auch sie sprachen sich wie weitere Redner gegen die Steuersenkung aus. Schliesslich obsiegte der Antrag des Bürgerforums mit 177 zu 165 Stimmen. Der Steuerfuss bleibt damit auch 2020 bei 77 Prozent. Das Budget wurde diskussionslos angenommen.

Fabienne Sennhauser

Stäfa bekommt seinen neuen Bushof

Stäfa Beim Bushof war sich die Gemeindeversammlung einig, mehr Diskussionen gab es bei den Finanzen.

Eine Gemeindeversammlung mit acht Traktanden kann getrost als Mammutanlass bezeichnet werden. Trotzdem brachte Gemeindepräsident Christian Haltner (FDP) den Anlass in zwei Stunden über die Bühne. Wegweisend war die Versammlung, weil nun Bewegung in einen lang gehegten Wunsch, nämlich den Bau eines Bushofs und eines stufenlosen Zugangs zum Perron, kommt.

Einstimmig nahmen die 430 Stimmberechtigten am Montagabend einen Planungskredit von 640 000 Franken an. Zusätzlich sagten sie Ja zu einer Vorfinanzierung von einer Million Franken, die bereits in der Rechnung 2018 enthalten war. Anders als vor sieben Jahren erwuchs dem Gemeinderat dieses Mal keine Opposition.

«Kosten minimiert»

Tiefbauvorsteherin Claudia Hollenstein (GLP) hatte zuvor die Eckdaten kurz ausgeführt, etwa dass sechs Haltekanten für die Busse vorgesehen sind. Der Bushof soll dort hinkommen, wo sich heute noch der Güterschuppen befindet. «Die Attraktivität im Bahnhofsumfeld wird erhöht, die Kosten um so viel wie möglich minimiert», erklärte Hollenstein. Einer der entscheidenden Punkte des Projekts ist der stufenlose Zugang zum Perron. So ist eine Rampe sowohl seeseitig als auch auf dem Perron vorgesehen. Die Gemeinderätin nahm auch Stellung zur jetzigen Situation, in welcher das Perron lediglich durch eine Rampe erschlossen wird. «Die SBB sagen, dass der Bahnhof behindertengerecht ist», kritisierte sie. Dass man, wenn man mit einem Kinderwagen, einem Rollkoffer oder Rollstuhl die Rampe nutze, den Bus verpasse, interessierten die SBB nicht. Sowohl Hollenstein als auch Haltner bekräftigten, dass man sich für eine Beteiligung der SBB einsetzen werde.

Für die Projektversion mit Lift geht der Gemeinderat von Kos-



Schwierigkeiten beim Einsteigen dürften mit dem Bushof und dem stufenlosen Perronzugang der Vergangenheit angehören. Archivfoto: K. Heuberger

ten von 7,6 bis 8,8 Millionen, bei einer Version ohne von 5,6 bis 6,5 Millionen Franken aus. Sowohl die Rechnungsprüfungskommission als auch mehrere Parteiprääsidenten sprachen sich für eine Annahme aus.

Duell um Steuerfuss

Als wesentlich umstrittener erwies sich die erste Vorlage, bei der es um das Budget 2020, das mit einer schwarzen Null schliesst, sowie den Steuerfuss ging. Hierbei lieferten sich Finanzvorsteher Simon Hämmerli und RPK-Präsident Michael Meyer, beide FDP, im wahrsten Sinne des Wortes ein Duell. Ausgangslänge war, dass der Ge-

meinderat eine finanzpolitische Reserve von 2,2 Millionen Franken bilden und den Steuerfuss bei 88 Prozent belassen wollte. Die RPK wiederum beantragte die Ablehnung der Reserve sowie eine Senkung des Steuerfusses auf 85 Prozent.

«Die finanzpolitische Reserve ist nichts anderes als Flexibilität, man kann damit negative Resultate glätten», sagte Hämmerli. Er verwies auf den Selbstfinanzierungsgrad der Gemeinde, der aktuell bei 74 Prozent liegt, sowie auf Ausgaben, die nicht vorhersagbar sind. Letzteres verdeutlichte er mit der Abgabe in den Finanzhaushalt, die noch vorletztes Jahr bei 875 000

Franken lag und nun wohl auf 10,3 Millionen Franken steigen wird.

«Wir werden 2019 mit grosser Wahrscheinlichkeit einen exzellenten Abschluss haben», meldete sich RPK-Präsident Meyer zu Wort. «Wir sind im Moment schuldenfrei», fuhr er fort. «Wenn der Selbstfinanzierungsgrad über 100 Prozent lag, haben wir gespart.» Die Gemeinde habe viele Jahre gespart.

Forderung nach Disziplin

Die Parteien wiederum waren sich nicht einig. «Bevor man investiert, ist es gut, wenn man Geld auf die Seite legt», sprach sich GLP-Präsident Ueli Lott gegen

eine Steuererhöhung aus. Nicolas Gorlero von der SVP sah dies anders. «Wir wollen die Gemeinde ein Stück weit davor bewahren, dass sie sich von der Budgetdisziplin abwendet.» Es sei nicht schwierig, schlank zu werden, sondern schlank zu bleiben. Die Stäfnerinnen und Stäfner liesse sich davon nicht überzeugen und sprachen sich für den gleichbleibenden Steuerfuss und die Bildung einer Reserve aus. Doch die Mehrheit war eher knapp – ausgezählt wurde trotzdem nicht.

Eine Berichterstattung zu den weiteren Geschäften der Gemeindeversammlung folgt.

Philippa Schmidt